Protokoll des Bündnisses „Partnerschaft für Demokratie“ in der Stadt Pinneberg am 18. November 2025

von 16 bis 17:30 Uhr in Volkshochschule Pinneberg, Am Rathaus 3, 3. Etage, Raum 337

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: Katharina Kegel (Integrationsbeauftragte der Stadt), Deborah Azzab-Robinson (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt), Svea Steingrube (Leitung des AWO Familienzentrums), Harald Schmidt (Pastor der Luther Kirche), Christina König (Prävention und Jugendschutz bei der Kreisverwaltung), Till Stehn (Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Bildungsreferent), Jens Kuzel (CSD Pinneberg & lsvd.sh), Beate Ludka (ehemaliges Mitglied im Kinder- und Jugendbeirat), Raphaela Shorina (Leitung der DiakoMigra)
Nicht stimmberechtigte Teilnehmende: Regina Stieben (Koordinatorin der Koordinierungs- und Fachstelle Partnerschaft für Demokratie Pinneberg), Dieter Muhl (Seniorenbeirat), Max Schmeel (FSJ Politik bei der Stadt), Timo Mohr (Stadtjugendpflege), Mitarbeiterin (Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein, Provention), Mitarbeiterin (Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein, Provention)

Öffentliche Sitzung:

1. Begrüßung

Katharina Kegel begrüßt die Anwesenden und heißt die anwesenden Gäste herzlich willkommen zur öffentlichen Sitzung des Bündnisses der Partnerschaft für Demokratie Pinneberg im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Sie stellt fest, dass die Einladungsfrist eingehalten wurde.

a. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird ebenso festgestellt, da 10 von 14 stimmberechtigten Mitgliedern zu Sitzungsbeginn anwesend sind.

b. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um eine Vorstellungsrunde (TOP 2) sowie den Tagesordnungspunkt „Aufnahme neuer Mitglieder“ (TOP 8) ergänzt und anschließend einstimmig genehmigt.

2. Vorstellungsrunde

Aufgrund der Teilnahme externer Gäste begann die Sitzung mit einer kurzen Vorstellungsrunde, in der sich die anwesenden Bündnismitglieder, Gäste, neue Interessierte am Bündnis sowie die Vertreterinnen von PROvention namentlich vorstellten.

3. Input von PROvention – Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus (Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.)

Die Beratungsstelle stellte ihre landesweite Arbeit vor. PROvention bietet kostenlose, vertrauliche und mehrsprachige Beratung für Eltern, Angehörige, Fachkräfte sowie für (vermeintlich) radikalisierte Personen an. Das Angebot umfasst Ausstiegs- und Distanzierungsberatung, Opfer- und Betroffenenberatung sowie Online-Beratung.

Darüber hinaus bietet PROvention Fortbildungen, Schulentwicklungstage, Vorträge und Workshops an, etwa zu den Themen: religiös begründeter Extremismus, antimuslimischer Rassismus, Aufwachsen in salafistisch geprägten Familien, interkulturelle Konflikte oder Medienkompetenz im Umgang mit Fake News und extremistischer Online-Propaganda.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Peer-Education-Ansatz: Junge Honorarkräfte (16–26 Jahre) führen Workshops für Schüler*innen zu Themen wie Rassismus, Vielfalt, Identität, Social Media, Radikalisierung oder Verschwörungsideologien durch.

Die Präsentation ist im Anhang beigefügt; weiterführende Informationen finden sich unter: https://provention.tgsh.de/project/provention/

4. Situations- und Ressourcenanalyse & Demokratiekonferenz

Katharina Kegel und Regina Stieben berichten über den aktuellen Stand der Situations- und Ressourcenanalyse sowie über die Demokratiekonferenz am 1. Oktober 2025.
Bislang liegen erste Zwischenergebnisse vor; die finale Analyse wird zum Jahreswechsel erwartet und anschließend an alle Bündnismitglieder versendet. In der nächsten Bündnissitzung sollen die zentralen Ergebnisse gemeinsam besprochen und mögliche Schritte für einen Strategieworkshop abgeleitet werden.
Im Anschluss fand eine gemeinsame Reflexion der Demokratiekonferenz statt. Dabei wurde unter anderem hervorgehoben, dass das World-Café-Format – insbesondere die Station zu Ressourcen – intensiv für Austausch und Vernetzung genutzt wurde. Gleichzeitig wurde angemerkt, dass für einige Teilnehmende nicht immer klar erkennbar war, worin genau der spezifische Auftrag der Partnerschaft für Demokratie besteht und dass manche Rückmeldungen eher allgemeine Erwartungen an die Stadt widerspiegelten. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass der Auftrag und die Zuständigkeiten der Partnerschaft für Demokratie in zukünftigen Vorstellungen und Veranstaltungen noch klarer kommunizieren und immer wieder abgrenzen sollten, damit die Erwartungshaltung an die Partnerschaft für Demokratie realistisch und nachvollziehbar bleibt.
Zudem wurde im Hinblick auf die Antragstellung 2026 die Frage diskutiert, inwieweit Phänomene wie Islamismus oder salafistische Einflussnahmen in Pinneberg relevant sind. Nach Einschätzung von PROvention suchen Personen, die sich für salafistische oder islamistisch geprägte Szenen interessieren, eher Anschluss in Hamburg und orientieren sich entsprechend dorthin – sodass diese Dynamiken in Pinneberg selten sichtbar werden.

5. Finanzen: Wie viele Mittel sind noch in den Fördertöpfen enthalten?

Katharina Kegel informiert über den aktuellen Stand der Fördermittel. Im Förderjahr 2025 wurden insgesamt 4.295,04 Euro für direkte Verausgabungen wie den Workshop „Gut vorbereitet auf Anfeindungen und Gewalt – Training für eine starke Kommunalpolitik“ sowie die Demokratiekonferenz eingesetzt. 14.740 Euro wurden als Weiterleitungen für Projekte bewilligt und ausgegeben. Insgesamt konnten 20.816 Euro nicht abgerufen werden.
Da das Förderjahr 2025 endet, werden in diesem Jahr keine weiteren Projektideen mehr angestoßen.

6. Förderjahr 2025: Durchgeführte Projekte, Zusammenarbeit im Bündnis & Fazit

Regina Stieben gibt einen Überblick über die im Förderjahr 2025 umgesetzten Projekte.

Gefördert wurden folgende Maßnahmen:

- **„Dass ein gutes Deutschland blühe… Leben nach Kriegsende 1945–1949“** (Heilig-Geist-Kirchengemeinde Pinneberg):
  Eine musikalisch-literarische Veranstaltung, die anhand von Zeitzeugenberichten, Musik und Lesungen das Leben in Deutschland nach Kriegsende beleuchtete und historische Erfahrungen mit heutigen Fragen von Frieden und Verantwortung verband.
- **„150 Jahre buntes Pinneberg – Geschichten einer lebendigen Stadt“** (DiakoMigra gGmbH):
  Eine Ausstellung mit Porträts und Interviews von Pinneberger*innen unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Lebensgeschichten, die Vielfalt sichtbar macht und zum Abbau von Vorurteilen beiträgt.
- **„Gut vorbereitet auf Anfeindungen und Gewalt – Training für eine starke Kommunalpolitik“** (Starke Demokratie e. V.):
  Ein Workshop für kommunal Engagierte zur Prävention und zum Umgang mit Hass, Hetze und Bedrohungen, um die Resilienz lokaler Demokratieakteur*innen zu stärken.
- **„Freiheit, Frieden, Toleranz – Eine literarisch-politische Spurensuche“** (Johannes-Brahms-Schule / Mahnmal-Initiative Pinneberg):
  Eine musikalische Lesung mit Johannes Kirchberg zu Texten von Wolfgang Borchert, die Schüler*innen und Bürger*innen zur Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur, Kriegserfahrungen und demokratischen Werten anregte.

Im Anschluss wurden erste Ideen für mögliche thematische Schwerpunkte und Projektansätze diskutiert; eine vertiefte inhaltliche Reflexion des Förderjahres 2025 erfolgte nicht. Die genannten Ideen wurden für den folgenden Tagesordnungspunkt gebündelt und dort weiter aufgegriffen.

7. Förderjahr 2026: Bericht zum Antrag für 2026, Ideensammlung

Katharina Kegel und Regina Stieben informieren über den eingereichten Antrag für das Förderjahr 2026. Der Antrag knüpft inhaltlich an die Schwerpunkte des Vorjahres an, wurde jedoch auf Grundlage der ersten Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse sowie aktueller Entwicklungen angepasst.
Neu hinzugekommen sind insbesondere folgende Punkte:

- Vertiefung der Themen Demokratiedistanz und Demokratieskepsis: Einführung eines neuen Mittlerziels („Umgang mit Demokratieskepsis“) und entsprechende Maßnahmen, z. B. Sensibilisierung von Kursleitungen und Sekundäransprache demokratieskeptischer Zielgruppen.
- Stärkere Fokussierung auf (digitale) Extremismusprävention (z. B. Umgang mit Hassrede, Verschwörungserzählungen und Desinformation).
- Fortführung des geplanten Bürgerrats „Klima trifft Kommune“, dessen Start sich von 2025 auf 2026 verschoben hat.

- Strategieworkshop mit dem Bündnis im ersten Halbjahr 2026 zur Prioritätensetzung auf Basis der finalen Situations- und Ressourcenanalyse.
- An den zentralen Zielen der Partnerschaft (Demokratie fördern – Vielfalt gestalten – Extremismus vorbeugen) wird festgehalten.

Im Anschluss erfolgt eine offene Austauschrunde: Es wurden verschiedene Projektideen aus dem Kreis der Akteur*innen vorgestellt, die eine Bandbreite an Bedarfen in Pinneberg widerspiegeln. Dazu gehörten Vorschläge aus den Bereichen Demokratieförderung in Familien (z. B. ein Elternabend zu demokratischen Werten im Familienalltag), queere Bildung und Erinnerungskultur (z. B. Formate zu Queerness im Nationalsozialismus oder Queerfeindlichkeit heute), Rechtsextremismusprävention an Schulen (Fortsetzung bereits durchgeführter Workshops in Kooperation mit KAST), Medienbildung und Desinformation (u. a. Workshops zu Fake News, KI-Videos und Verschwörungserzählungen) sowie niedrigschwellige Fortbildungen für Multiplikator*innen, z. B. für Kursleitungen der Familienbildung oder Fachkräfte der Gewaltprävention.
Mehrere Akteur*innen äußerten Interesse an Workshops oder Fortbildungen zur Stärkung demokratischer Kompetenzen im Alltag – insbesondere im Umgang mit Fake News, Verschwörungserzählungen und diskriminierenden Äußerungen.
Für das Jahr 2026 wurden zudem erste Ideen für potenzielle Oberthemen genannt, darunter Queerfeindlichkeit im Alltag, Rechtsextremismus im Alltag sowie „Fake News, Desinformation und KI“ – letztere Idee fand besondere Zustimmung im Bündnis.
Darüber hinaus wurde die Möglichkeit diskutiert, ein Veranstaltungsformat zur demokratischen Debattenkultur zu entwickeln. Dabei wurde u. a. auf die Notwendigkeit hingewiesen, zwischen „Safe Spaces“ und „Brave Spaces“ zu unterscheiden und dies vorab transparent zu kommunizieren. Außerdem wurde angeregt zu prüfen, ob für ein solches Format Ressourcen aus bestehenden Debattier- oder Mediationsnetzwerken im Kreis Pinneberg oder darüber hinaus eingebunden werden können.

8. Aufnahme neuer Mitglieder

Das Bündnis beriet über den Antrag auf Mitgliedschaft von Max Schmeel, der um Aufnahme in das Gremium gebeten hat. Er erläutert seine Motivation: Er bringt Erfahrungen aus seiner Tätigkeit im Kinder- und Jugendbeirat ein, dessen Amtszeit für ihn zum Jahresende ausläuft. Zudem absolviert er derzeit ein FSJ Politik bei der Stadt Pinneberg und möchte sich weiterhin aktiv in kommunale Demokratieprozesse einbringen sowie eigene Ideen und Perspektiven einfließen lassen.

Das Bündnis stimmt dem Antrag zu; die Aufnahme erfolgt einstimmig.

Protokoll: Regina Stieben
Pinneberg, 19. November 2025